

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltzeilige Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postkassen-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittags 10 Uhr

Nr. 50

Sonnabend, den 15. Dezember 1928

32. Jahrgang

Das Ende des Ruhrkampfes

Die gewaltige Arbeitsmaschinen des westdeutschen Industriegebietes ist wieder in Gang gesetzt worden. Einer der größten Wirtschaftskämpfe hat damit sein Ende erreicht. Fünf Wochen haben die großen Eisenwerke des Westens stillgelegen. Die Verluste zählen auf beiden Seiten nach vielen Millionen. Der Arbeitskampf geht unter eigentümlichen Voraussetzungen zu Ende. Schwer ist beim Abschluß dieser Nummer am 8. Dezember zu sagen, wer Sieger und wer Besiegter ist.

Die Verantwortung liegt bei dem gegenwärtigen Reichsinnenminister Karl Severing. Er hat, wie schon so oft, eine große Verantwortung auf sich genommen, wobei er sich von vornherein klar sein wird, daß dabei keine Lorbeeren geerntet werden können. Severing soll einen Schiedspruch fällen, der sich ungefähr in folgenden Richtlinien bewegen soll: Die zu treffende Entscheidung soll endgültig sein, eine Regelung auf lange Sicht treffen, die Frage der Arbeitszeit einbeziehen und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe berücksichtigen. Die grundsätzlichen Rechtsfragen werden vom dem Schiedspruch nicht berührt, sie können aber an dem Schiedspruch selbst nichts ändern und haben nur grundsätzliche Bedeutung. Die Rechtslage ist außerordentlich verworren, was aus nachfolgenden zwei Meinungen sehr deutlich hervorgeht. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt am Schluß eines Artikels vom 3. Dezember folgendes: „Nimmt man nun noch die Unterwerfung unter dem Spruch Severings hinzu, so ist es klar, daß das Recht keine Niederlage erlitten hat. Es wäre reinlicher und befriedigender gewesen, wenn der Schiedspruch die Rolle behalten hätte, die ihm zukommt. Aber im Leben ist es manchmal unvermeidlich, vom dem Wege, der gelten sollte, ein wenig abzuweichen. Man darf mit aller Gewißheit behaupten, daß dem Rechte trotzdem Genüge getan ist. Es ist nicht bestritten, es wird sich weiterentwickeln. Wir sind nicht am Ende des kollektiven Arbeitsrechtes, sondern an seinem Anfang.“ Auf der anderen Seite drückt der „Vorwärts“ vom 4. Dezember einen Artikel des Abg. Außer ab, der zum Schluß in folgenden Worten ausklingt: „So stehen wir am Ende des Ruhrkampfes und am Anfang einer nicht unbedeutlichen Rechtsunsicherheit, verursacht durch ein verfehltes Eingreifen der Staatsgewalt.“ In diesen zwei Ansichten über die Rechtslage spiegelt sich deren Verwirrenheit.

Wie dem auch sei, man kann sich eine endgültige Meinung erst bilden, wenn einige Wochen ins Land gegangen sind. Es ist zweifellos für die deutsche Wirtschaft von Vorteil, daß dieser Kampf sein Ende erreicht hat. Wir bilden uns ein wirtschaftliches Stimmungsbild. Trotz der staatlichen Unterdrückung hat auch die beteiligte Arbeiterschaft große Einbußen erlitten. Hinzu kommen noch die Auswirkungen des Kampfes auf andere Unternehmungen und Wirtschaftszweige, die zum Erliegen gekommen sind. Einen großen Verlust hat der Mittelstand und der Einzelhandel erlitten, weil eine Kaufkraft, nach vielen Millionen zählend, verlorengegangen ist. Diese Schäden, die der Gesamtwirtschaft zugefügt wurden, entsprangen der Hartnäckigkeit einer rücksichtslosen Unternehmergruppe. Daß die Arbeiterschaft mit der Erledigung dieses Kampfes in dieser Form nicht reiflos einverstanden ist, ging aus den Berichten über die Konferenzen des Metallarbeiterverbandes recht deutlich hervor. Nur schwer haben die Funktionäre des DMB dem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt. Eine günstige Situation war vorhanden. Die Unternehmer hatten durch ihre Maßnahme einen großen Teil der Öffentlichkeit gegen sich. Der Arbeitgeberverband Nordwest hätte schwerlich der Vermittlungsfunktion der Reichsregierung zugestimmt, wenn er sich in seiner Position sicher gefühlt hätte. Das waren positive Vorteile, die die Arbeiterschaft aus der Hand gegeben hat, ohne sicher zu sein, in ausreichender Weise durch den Schiedspruch entschädigt zu werden. Das war der Gedankengang in der Metallarbeiterkonferenz, dem der Vorsitzende Brandes Ausdruck gab.

Die Reichsregierung hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sie hat es nicht vermocht, die gegen die Staatsgewalt und die Arbeiterschaft in gleichem Maße rebellierenden Unternehmer so zur Räson zu bringen, wie es nach der Rechtslage und der Aufstellung der Arbeiterschaft wünschenswert gewesen wäre. Aber das kann hier schon mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß wir (Steinmetzenredaktion) nicht in das Horn töten wie gewisse andere, die in dem Regierungsakt des Reichskanzlers zum Ruhrkampf einen unerhörten Eingriff erblicken. Bei diesem großen Kampf, der das Erwerbsleben im Westen zu zerrütten drohte, stand so vieles auf dem Spiel, daß der erste Verantwortliche schon zeigen mußte, ob er diese Verantwortung besitzt, ja er mußte zeigen, daß er regieren kann. In solchen Situationen kann nicht erst linker Hand und rechter Hand gefragt werden: darf ich dies, darf ich das, oder wird dies oder jenes gutgehen? Sondern es muß gehandelt werden. Der Reichskanzler ist nicht in erster Linie Parteifunktionär, auch nicht die übrigen Minister, das möchte niemals übersehen werden. Wir schreiben dies, obgleich wir als Gewerkschafter an der Behandlung des für verbindlich erklärten Schiedspruches durch die Eisenindustriellen sehr wohl interessiert sind, aber wir wissen auch, wie die Machtverhältnisse liegen und wie weit die Regierungsgewalt geht, trotzdem Sozialisten in der Regierung sitzen. Mit Worten sich eine größere Macht vorzulegen, ist immer gefährlich. Das wird leider, leider viel zu oft von einzelnen Tageszeitungen der Arbeiterschaft unternommen. Alle Blicke richten sich nun auf den Innenminister Severing, der in seinem Schiedspruch nicht nur die beiderseitigen Interessen miteinander abwägt, sondern auch Versäumnis nachholen soll. Daß dies schwer ist, bedarf keiner näheren Darlegung. Die Unternehmer werden gedämpft durch die Tatsache, daß es ein Sozialdemokrat ist, der die endgültige Vermittlerrolle übernommen hat.

Nicht zuletzt ist die Lage im Ruhrkampf von Anfang an dadurch hervorgerufen worden, daß es sich um ein Gebiet handelte, wo die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht organisiert war. Hätten die Eisenarbeiter in starken Gewerkschaftsverbänden zusammengestanden, dann wäre vielleicht ein solcher Kampf gar nicht entbrannt. Nur dadurch, daß ein Bleikloß von gewaltiger Schwere an der Bewegung hing, wagten die Eisenunternehmer diesen Waffengang. Die Staatsgewalt hat dem Scharfmachtum des Westens eine starke Verantwortung abgenommen. Dafür werden sie der Regierung allerdings keinen Dank wissen.

Es muß nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um in Zukunft derartige Kämpfe unmöglich zu machen. Dem Unternehmertum der Schwerindustrie muß jeder staatliche Schutz, wie Zölle usw., entzogen werden. Ihren Kartellen und straffen Syndikaten ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Nötigenfalls sind sie unter staatliche Aufsicht zu stellen. Es ist die Möglichkeit zu prüfen, ob nicht ein solcher Wirtschaftskomplex wie die eisenhaltende Industrie in Gemeineigentum überführt werden kann. Das sind prinzipielle Fragen von hoher Bedeutung, die eine Lösung erheischen. Dem Herrenmenschtum in der Industrie muß ein für allemal ein Ende gesetzt werden. Wenn jemals die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft klar bewiesen worden wäre, dann durch den Gewaltstreik in der Eisenindustrie. Es ist aus alledem klar erkenntlich, wofür die Arbeiterschaft in Zukunft zu kämpfen haben wird.

Staat und Wirtschaft

Auf der Tagung des Bundesausschusses des DGB in Kiel am 7. Dezember referierte das Vorstandsmitglied Eggert in öffentlicher Sitzung über das Thema „Staat und Wirtschaft“.

Der große Arbeitskampf im Ruhrrevier veranlaßt uns, nochmals das oft besprochene Thema „Staat und Wirtschaft“ anzuschneiden. Die Aussperrung ging von jener maßlos übertriebenen Gruppe von Unternehmern aus, gegen die die Gewerkschaften von jeher ihre heftigsten Kämpfe zu führen hatten. Bis zum Ende des Weltkrieges hatte gerade die nordwestliche Arbeitgebergruppe der Eisenindustrie jede Verhandlung mit Gewerkschaftsvertretern abgelehnt. Erst durch die Not des verlorenen Krieges sah sie sich veranlaßt, mit den Gewerkschaften zu unterhandeln. Bei einem Teil dieser Unternehmer leben heute noch die Vorstellungen der Vorkriegszeit und das Verlangen nach der Wiederherstellung der Zustände zur Zeit ihrer unbestrittenen Alleinherrschaft im Bereich der Wirtschaft. Dieser Teil gewann in der Gruppe Nordwest die Oberhand. Um sein Wesen zu charakterisieren, erwähnte Eggert eine Äußerung der Kölnischen Zeitung. Zu dem umstrittenen Schiedspruch schrieb das Blatt in seiner Abendausgabe vom 27. Oktober:

„Der Schiedspruch trifft bei allen Enttäuschungen, die er bereiten mag, ungefähr den Schnittpunkt aller wichtigen Kräfte, die bei einem solchen Streit aufeinanderstoßen und Berücksichtigung erheischen. Wir möchten sagen: Er ist so abgefaßt und geht so weit, daß beide Parteien, das vor allem auch verantwortungsbewußte und nüchtern denkende Unternehmertum fragen müssen, ob unter diesen Umständen noch gekämpft und damit ein ungeheurer Aufwand an Kapital, Nerven und Vertrauen, und zwar sozialem wie staatspolitischem Vertrauen, aufs Spiel gesetzt werden muß.“

Die Führer der aussperrenden Unternehmer waren demnach nicht verantwortungsbewußt und nicht nüchtern denkend, als sie trotz der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches die Aussperrung durchführten.

Ihre Aussperrung begründeten die Unternehmer auch diesmal mit der Erklärung, die Industrie könne die Lohnerhöhungen des verbindlich erklärten Schiedspruches nicht tragen. Demgegenüber wies Eggert darauf hin, daß die Industrie nicht ein einheitliches Ganzes sei, sondern aus einer Reihe von Unternehmungen von verschiedener Leistungsfähigkeit und verschiedener Rentabilität bestehe. Die Lohnhöhe dürfte sich nicht nach den schlecht wirtschaftenden Unternehmungen richten, weil dieses nur dazu führe, den augenblicklichen Zustand zu verewigen. Auch in der Zeit der schärfsten freien Konkurrenz seien unzweckmäßig organisierte Unternehmungen der Vernichtung anheimgefallen. Wenn damals die freie Konkurrenz die Auslese der Tüchtigen besorgt habe, so tue das jetzt in der Zeit zunehmender Wirtschaftsbindungen die Arbeiterschaft durch ihre Forderung nach Lohnerhöhung. „Die staatliche Wirtschafts- und Lohnpolitik darf daher die von den Unternehmern geforderte Rücknahme auf die unwirtschaftlichen Betriebe nicht anerkennen. Die Gewerkschaften lehnen solche Rücknahme grundsätzlich und entschieden ab. Diese Haltung der Gewerkschaften mußte gerade von denjenigen lebhaft begrüßt werden, die im Grunde ihres Herzens noch Anhänger der freien Wirtschaft sind, jener Wirtschaft, die die Auswahl alles Tüchtigen zum Prinzip erhob.“

Was früher die freie Konkurrenz gewissermaßen automatisch besorgte, die Auslese des Besten, das besorgt jetzt die Gewerkschaftsbewegung durch die Erringung besserer Arbeitsbedingungen, durch ihr Streben nach höherem Anteil der Arbeitskraft am Ertrage der Arbeit. Höhere Löhne merzen ebenso, wie es früher die freie Konkurrenz tat, unwirtschaftliche Betriebe aus. Sie sind daher gleichermäßen ein Mittel zur Stärkung der Kaufkraft wie ein Ansporn zum wirtschaftlichen Fortschritt. Sie entfalten die produktiven Kräfte und machen die Wirtschaft konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Dieser Ansporn ist für die Wirtschaft nach wie vor dringend nötig. Er hat dazu beigetragen, daß die deutsche Wirtschaft, deren Produktionsapparat durch Krieg und Inflation zurückgefallen war, in wenigen Jahren wieder auf eine technisch anscheinliche Höhe kam. Die von Unternehmern beliebten Vergleiche zwischen Lohn- und Preisentwicklung wies Eggert mit der Bemerkung zurück, daß bei dieser irigen Methode die Betriebsumstellungen infolge der Rationalisierung nicht berücksichtigt würden. „Der Staat und seine Schlichtungsorgane dürfen sich von solchen fehlerhaften Methoden nicht beeinflussen lassen. Man kann nicht Lohn- und Preisstand vor und nach der Rationalisierung miteinander vergleichen wollen zu dem Zweck, der staunenden Öffentlichkeit zu verkünden, daß die Entwicklungslinie der Löhne günstiger verlaufe als die der Preise!“

An einer Reihe von Beispielen zeigte Eggert, daß infolge der Rationalisierung die Lohnsummen sich stärker zu vermindern pflegen als die Herstellungskosten. Der Lohn, der ja nur einer der vielen Bestandteile der Herstellungskosten sei, spiele also bei fortschreitender Rationalisierung eine immer geringere Rolle.

Zur Begründung ihrer Aussperrung erklärten die Unternehmer, sie kämpften für die Erhaltung des Preisniveaus. Ueber die wirklichen Gründe zu der Aussperrung gab Eggert jedoch mit folgenden Darlegungen Aufschluß: Infolge des Vertrages von Versailles verlor die deutsche eisenzeugende Industrie rund 25 v. H. an Hochöfen, 26 v. H. an Schweißmaschinen, 30 v. H. an Flußeisenwerken und 25 v. H. an Walzwerken. Dieser Verlust wurde wettgemacht und überholt durch den Ausbau der verbliebenen Anlagen, die heute eine größere Kapazität aufweisen als die frühere alte eisenzeugende Industrie Deutschlands. Bei diesem Ausbau wurde so gehandelt, als ob die leistungsfähigen Werke in den abgetrete-

nen Gebieten aus der Welt der Wirtschaft verschwunden seien. Die Folgen dieser Expansionspolitik in der Produktion konnten nicht ausbleiben. Jetzt steht die deutsche eisenzeugende Industrie mit ihrer überhöhen Kapazität den veränderten Verhältnissen gegenüber. Auf dem Weltmarkt stößt sie auf die Konkurrenz der ausländischen Eisenzeugung und ihre Kartellierung, ihre eisenzeugenden Industrie der anderen Weltländer hat ihre Lage in gewissen Zeitabschnitten eher ungünstiger als günstiger gestaltet. Aus der Ueberkapazität der deutschen Eisenindustrie entspringen ihre Nöte. Sie konnte selbst in der besten Konjunktur nur etwa 86 v. H. ihrer Kapazität ausnutzen. Sobald aber absteigende Konjunktur eintrat, mußte sie die Ausnutzung ihrer Kapazität weiter senken und trotzdem auf Lager und Vorrat arbeiten.

Dieses Produzieren über den Absatz hinaus setzten die Unternehmer gerade in den letzten Wochen vor dem Konflikt eifrig fort. In dem vor wenigen Tagen erschienenen Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung (Heft 3 1928) wird auf Seite 12 mit Bezug auf den Rückgang des Inlandsabzuges in der eisenzeugenden Industrie folgendes gesagt:

„Daß der Rückgang des Inlandsabzuges sich in der Erzeugung nicht stark bemerkbar gemacht hat, hängt außer mit dem verjüngten Auslandsabzug noch mit innerbetrieblichen Gründen zusammen. Obgleich der ganze Umstellungsprozeß der eisenhaltenden Industrie noch nicht abgeschlossen ist, ist doch heute bereits der größte Teil des Rationalisierungsprogramms — insbesondere der Uebergang zu kontinuierlicher Fließfertigung auf den für die Erzeugung günstigsten Produktionsstätten — vollzogen. Es liegt im Wesen des kontinuierlichen Programms, daß möglichst große Mengen in einer Fertigung hergestellt werden. Dies hat zur Folge, daß bei rückgängiger Konjunktur die Werke sich bemühen, ihre Anlagen so lange wie möglich voll auszunutzen, um später notfalls zur Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten zu schreiten. Während in der Vorkriegszeit ein Rückgang der Konjunktur sich in einem allmählichen Abbröckeln des Auftragsbestandes und in einem gleichzeitig erfolgenden Rückgang der Produktion bemerkbar machte, findet heute ein stufenartiger Rückgang des Auftragsbestandes und der Erzeugung statt.“

Die „Stilllegung von ganzen Betriebseinheiten“ auf Kosten der Unternehmungen und als Folge der Ueberproduktion war den Unternehmern offenbar nicht rationell. Demgegenüber schien es ihnen wohl als Gewinn, wenn die Gesamtheit der Werke einige Wochen ganz stillgelegt werden könnten, um in dieser Zeit die Läger zu räumen, die eisenverbrauchende Industrie aufarbeiten zu lassen, anschließend daran aber dann mit Hochdruck unter voller Ausnutzung der Kapazität, also mit größtmöglicher Selbstkostenfrucht und gestärkt zu arbeiten. Dieses Verfahren der zeitweisen allgemeinen Betriebsstilllegung, wie es zum Beispiel in Amerika Henry Ford bei sinkendem Absatz manchmal geübt hat, war aber in Deutschland nicht so einfach. Hier konnte man die Gesamtheit der Arbeiterschaft eines großen Wirtschaftszweiges nicht plötzlich entlassen.

Wie anders, wenn auf Grund eines Arbeitskonfliktes die Betriebe stillgelegt werden könnten! In einem solchen Verfahren würden die Lasten für das Durchhalten der Arbeiter bis zur Wiederaufnahme der Arbeit aus Mitteln der Gewerkschaften aufgebracht werden müssen. Das wäre doch eine wesentlich günstigere Situation!

Zu diesen Erwägungen der Unternehmer gestellten sich die gerade dieser Gruppe besonders verhassten Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen, ferner die nicht minder verhasste, als unbefugten Eingriff in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von ihnen betrachtete staatliche Schlichtungspraxis.

So hielten sie den Zeitpunkt sinkender Konjunktur und aufgefüllter Läger, in dem die Stilllegung der Gesamtheit der Betriebe von Nutzen ist, für gekommen, um gleichzeitig den großen, von langer Hand vorbereiteten Schlag gegen Lohnerhöhungen, Gewerkschaftstagen und das staatliche Schlichtungswesen zu führen. Die Arbeitgeber-Zeitung schloß ihr Betrachtungen über die Aussperrung mit dem Ausruf: „Es geht ums Ganze!“

Jawohl, es war der ganze Einfaß. Es war die Schließung der Betriebe aus Eigennutz, die Aufhebung gegen den sozialen Gedanken, der Arbeiterschaft einen höheren, gerechteren Anteil am Ertrage der Arbeit und am Aufstieg der Wirtschaft zu sichern. Es war der Protest gegen die Schlichtungsbehörden, gegen Gesetz und Recht, gegen die Autorität des Staates.

Als Vertreter und Wähler der Staatsautorität hätte die Regierung diese Aufhebung nicht hinnehmen dürfen, ohne ihrerseits alle Mittel aufzubieten, die Anerkennung des verbindlich erklärten Schiedspruches zu erzwingen. Statt dessen hat sie durch den Reichskanzler vermittelnd eingegriffen und den Reichsinnenminister Severing mit der Schlichtung des Arbeitskampfes betraut. Nachdem die Regierung aber in dieser Weise in den Kampf eingegriffen hatte — das darf ich wohl im Namen des Bundesausschusses und der gesamten organisierten Arbeiterschaft sagen — hat sie in der Persönlichkeit des Kampfrichters eine gute Wahl getroffen. Severing hat unser Vertrauen! Aber diese Erledigung eines Arbeitskampfes ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeitskämpfe. Es ist selbstverständlich, daß die Lehren, die sich für unsere Gewerkschaften aus diesem Kampf und aus der Art seiner Erledigung hinsichtlich der Schlichtungsordnung ergeben, erst später in ruhiger Besonnenheit gezogen werden können.

Die Gewerkschaften halten im allgemeinen einen durch Vereinbarung entstandenen Tarifvertrag für wertvoller als einen staatlichen Schiedspruch. Der Tarifvertrag ist ein aus gegenseitiger Anerkennung, aus Verhandlungen aus den gegenseitigen Machtverhältnissen und gegenseitigen Kämpfen hervorgegangenes Vertragswerk. Der staatliche Schiedspruch hingegen trägt — in der Regel für beide Teile — die Merkmale des Unbefriedigenseins.

Diesem Unterschied, und nur diesem, galt die Bemerkung Leiparts auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß als er sagte, ein Schiedspruch sei einem Tarifvertrag nicht gleichzusetzen. Im Reichstag hat aber ein deutschnationaler Abgeordneter Leiparts Bemerkung so gedeutet, wie wenn auch Leipart, gleich den Eisenindustriellen des Ruhrreviers, die staatlichen Schiedsprüche mißachte. Davon kann keine Rede sein, wie Leipart selbst häufig genug festgestellt hat.

Zur Erreichung freier Tarifverträge gehört aber — und das hat gerade Leipart immer wieder betont — ein die Arbeitskraft höher bewertendes Unternehmertum auf der einen Seite und auf der anderen eine starke gewerkschaftliche Organisation. Wo aber, wie im Ruhrgebiet, ein Unternehmertum herrscht, das kraft seiner wirtschaftlichen Sonderstellung und seines Verhaltens keine Tarif-

geschichte hat, da hat, hierüber ist sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung einig, der Staat die Pflicht, in die wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen und durch Schiedsprüche seiner Schlichtungsorgane die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik läßt es zweckmäßig erscheinen, an die Unterstützung der Unternehmer durch den Staat zu erinnern. Die Millionen an die Ruhrindustrie sind noch unvergessen. Aber weniger bekannt sind die 15 Millionen an die Binger, die 18 Millionen für den Flugzeugbau, 4,5 Millionen für den Aufbau der Binnenschiffahrt und 18 Millionen für die oberflächliche Eisenindustrie. Das Reich hatte ferner, als die Rolle der Unterstufungsorgane besonders hoch ging, Garantien in Höhe von 377,5 Millionen Reichsmark übernommen und tatsächlich Kredite in einem Betrage von 354,85 Millionen Reichsmark gegeben. Die Fürsorge des Staates gegenüber den Besitzern der Produktionsmittel äußert sich ferner in den Schutzgößen, in den Handelsvertragsfällen, in der Steuerpolitik. Im Jahre 1927 entfielen 65 v. H. des Gesamtsteueraufkommens auf die Belastung der Massen, während nur 31,7 v. H. auf Kapital- und Besitzbelastung entfielen.

Damit ist aber die Fürsorge des Staates an die Unternehmenseite nicht erschöpft. Ueber die rein materielle Hilfe hinaus wurde dem Unternehmertum auch auf anderen Gebieten bedeutende Förderung zuteil. Der Staat fördert und subventioniert die Konjunkturforschung, er unterstützt die Arbeiten der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Studiengesellschaften, er fördert die eingehende Unteruchung über Erparnismöglichkeiten. Wir wünschen diese Förderung durch den Staat, aber wir mahnen ihn, sie nicht dauernd bedingungslos zu geben und vor allem auch der Förderung der Arbeitstr. sein Augenmerk zuzuwenden.

Eine Lehre hat der Kampf schon heute der gesamten Öffentlichkeit gegeben, nämlich die, daß die Demokratisierung der Wirtschaft, um die unsere Gewerkschaften kämpfen, ein dringendes Erfordernis unserer Zeit ist. Deshalb verlangt Eggert am Schluß seiner Ausführungen eine wirkungsvolle Durchleuchtung der Gesamtwirtschaft. Dazu sei in erster Linie nötig eine laufende und umfassende Produktionsstatistik der wichtigsten Groß- und Mittelbetriebe, eine erweiterte Publizität der Aktiengesellschaften, ein Monopolkontrollamt und für die Eisenindustrie speziell der Ausbau des Eisenwirtschaftsbundes. Der Eisenwirtschaftsbund, der zur Zeit seiner Entstehung als Instrument der Verteilung gedacht war, muß nunmehr durch eine gesetzliche Neuordnung seiner Aufgaben zu einem wirksamen wirtschafts-demokratischen Instrument umgestaltet werden. Es darf kein Zurück in die alte Stellung geben, in die der Arbeiter der Vorkriegszeit verwiesen war. Wir wollen Staat und Wirtschaft so gestalten, daß sie von allen lebendigen Kräften unserer Volksgesundheit getragen und gefördert werden.

Nicht recht im Bilde

über das, was er glossiert und beschreibt, ist wieder einmal der den Lesern des „Steinarbeiters“ seltener bekannte Herr Dr. Ing. G. Steinlein in München. Er hat bekanntlich noch den rein bayrischen Titel „Landesbauerrat“ und ist Direktor der A.-G. Kiefer, Marmorwerk in Kiefersfelden, Filiale München; ist also eigentlich Unternehmerstellvertreter. Doch das nur nebenbei; in der Hauptsache handelt es sich diesmal um folgendes:

Anfang November brachte „Der Deutsche Steinbildhauer“ einen Auszug mit Besprechung „aus dem Jahresbericht der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1927“, Verfasser dieser Besprechung ist Herr Dr. G. Steinlein. Nun bringt fast durchweg jede Unfall-Berufsgenossenschaft in ihrem jährlichen Geschäftsbericht einen Vermerk über Berufskrankheiten, ungefahr in dem Sinne, wie die bayrische Baugewerks-Berufsgenossenschaft, die vermerkte: „Ueber gewerbliche Berufskrankheiten ist nichts Neues bekannt geworden.“ Wesentlich macht das auch die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft und soll heißen, daß die, laut Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Mai 1925, aufgeführten gewerblichen Berufskrankheiten in den verzeichneten Betrieben der betreffenden Berufsgenossenschaft nicht im belastenden Sinne für die Berichts-

zeit in Frage kam. Die Berufsgenossenschaften müssen wohl in ihrem Geschäftsbericht darauf hinweisen — auch mit einer Art Vermerkung —, weil die laut Verordnung aufgeführten gewerblichen Berufskrankheiten zur Entschädigungspflicht der Unfallversicherung gehören. Das ist so einfach und klar für jeden, der die Zusammenhänge kennt, und die jeder mindestens beherrschen muß, der darüber etwas schreibt.

Anders macht es Herr Dr. G. Steinlein, der biegt sich ganz einfach diesen Vermerk so zurecht oder unterstellt ihm eine Befundung, wie sie in keine gewerblichen und sozialpolitischen Aufstellung hineinpaßt. Nachdem er auf diese Art die Logik vergerichtet hat, gibt er dann in seinem erwähnten referierenden Bericht im „Steinbildhauer“ folgenden Erguß von sich:

„Aus dem Abjag über „Gesundheitsschädliche Einflüsse“ entnehmen wir vor allem den für das Steinmehrgewerbe sehr wichtigen Abjag: „Ueber gewerbliche Berufskrankheiten ist nichts Neues bekannt geworden.“ Wir dürfen also wohl annehmen, daß die Ueberbetreibungen, die wir bei Lohnverhandlungen über die „Steinmehrkrantheit“ immer wieder hören müssen, auf sehr schwachen Füßen stehen. Viel gesundheitsschädlicher scheint uns zu sein, daß die Steinmehnen, um der Berufskrankheit zu entgehen, glauben, den Staub mit eiskaltem Bier hinunterschwemmen zu müssen. Eine Aufklärung in dieser Hinsicht wäre dringend notwendig.“

So ist das gewiß ganz nett zu lesen für alle, die mit Herrn Dr. Steinlein eines Geistes sind; wer aber die Gepflogenheiten des Artikelschreibers und vor allen Dingen die „Steinmehrkrantheit“ nicht nur vom Hörensagen durch die Spandix kennt oder die Krankheit als Unternehmer nicht vom Willensfenster aus erforscht hat, der empfindet bei solcher ungeriemter, direkt bössartiger Schreiberei nicht einmal Jörn, sondern nur — Mitleid. Ja wirklich Mitleid über die Unverfrorenheit, mit der dieser Unternehmer-Stellvertreter sich anmaßt, zu höhnen über die Geißel der Steinmehnen, die Tag für Tag besonders in Sandsteingebieten ihre Opfer fordert. Vielleicht ist's gar Dummheit auf diesem Gebiet, wer weiß? — Aber Dummheit ist durchaus kein Freibrief für Unverschämtheiten auf Kosten der lungentranken und stehenden Steinmehnen. Den Steinmehnen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation wäre jedenfalls viel lieber und angenehmer, wenn es keine Steinstaubeinwirkungen auf Leben und Gesundheit gäbe; Tausende von Witwen hätten dann ihren Mann behalten und Waisen ihren Vater, der im besten Mannesalter verstarb.

Gegen Dr. G. Steinleins höhnische Bemerkung etwa polemisieren mit Unterlagen über die Wirkung der Staubemwirkungen müdet uns gewiß kein Kollege zu. Wir bringen nur die Sache hier allgemein zur Kenntnis. Vielleicht laden die Kollegen in den Sandsteinbezirken den schreibenden Herrn mal als Redner ein in eine ihrer Versammlungen mit dem Thema: „Steinstaub und eiskaltes Bier“, denn die Aufklärung darüber fällt er ja für so „bringend notwendig“. Wir glauben sogar, daß Herr Dr. G. Steinlein der geeignetste Mann dazu ist, dabei können zugleich auch die sonstigen Schmerzen über Lohn- und Gewerkschaft von Stapel gelassen werden, die drücken den Herrn Unternehmer-Stellvertreter nämlich auch sehr. Zur weiteren Beunruhigung an die Adresse von Dr. G. Steinlein genügt wohl die Mitteilung, daß die gesetzliche Anerkennung der Berufskrankheit der Steinmehnen auf dem Wege ist, und das daran weder unverschämte, dumme, noch höhnische Bemerkungen und Verdächtigungen irgend etwas ändern können. Und wenn nun von unseren Widersachern das Vorstehende nicht recht gefällt wird wegen dem Ton, der bedenklich, daß am Schluß fast jeden Jahres Herr Dr. G. Steinlein durch irgendeine unqualifizierte Aeußerung sich den organisierten Steinarbeitern in unangenehme Erinnerung bringt. Das scheint ein gewisser Ehrgeiz bei ihm zu sein, den wir ihm selbstverständlich durchaus nicht freitrag machen wollen. Doch bemerkt kann hierzu werden, daß wir ihm gegenüber und allen gleichen Seelen es mit Goethe halten, der meinte: ... Auf Weh und Wunden gute Sonne! Auf großen Klotz ein großer Keil! Auf einen Schelmen anderthalbe!

Quertreibereien in der sächsischen Oberlausitz

In der Pflasterstein- und Schotterindustrie der sächsischen Oberlausitz herrscht schon seit Monaten schlechter Geschäftsgang. Viele Betriebe sind stillgelegt, andere arbeiten stark eingeschränkt und in allen sind große Vorräte fertiger Materials auf Lager. Eine der größten Firmen hat vor einigen Wochen 500 Arbeiter auf einen Schlag entlassen.

Der Lohn ist tariflich geregelt. Wir waren infolge des unbefriedigenden Geschäftsganges gezwungen, den von uns im Herbst gefälligten Lohnsatz bis auf weiteres zu verlängern, da die Arbeitgeber jede Lohnserhöhung ablehnten und auch mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens kein Erfolg erzielt wurde. Eine gut besuchte Bezirksdelegiertenversammlung war einstimmig genug, die Forderung der Gausleitung gutzuheißen und der Verlängerung des Lohnsatzes bis auf weiteres zuzustimmen. Wir lassen uns zu keinem Kampfe provozieren in einer Situation, die den Arbeitgebern gerade recht wäre. Diese Absicht, uns zu einem Kampfe zu provozieren, soll aber beim Arbeitgeberverband bestanden haben, wie der Gausleitung bereits im Spätsommer von einem Arbeitgeber mitgeteilt wurde, der anscheinend gut unterrichtet war. Den Zeitpunkt eines Kampfes, falls er unvermeidlich sein sollte, bestimmen wir selbst und lassen Unberufene nicht mit hineinreden.

Natürlich versuchen die Arbeitgeber die günstige Gelegenheit vielfach auszunützen. Versuche, die Akkordsätze zu drücken, sind an der Tagesordnung. In den meisten Betrieben hat sich die Preklustarbeit im letzten Sommer sehr eingebürgert. Bei Neuverpflichtung der Akkorde für die Preklustarbeiter nehmen die Arbeitgeber einen engstirnigen, nur vom Profitinteresse diktierten Standpunkt ein. Anstatt für die äußerst aufreibende und gesundheitsschädliche Preklustarbeit einen anständigen Akkordsatz zu bewilligen, legt man alle Hebel in Bewegung, um den Akkordsatz ja nicht über 30 Prozent über den Akkordrichtlohn hinauskommen zu lassen. Was dabei für Verdienste herauskommen, ist bei den schlechten Stundenlöhnen ohne weiteres einleuchtend. Es zeigt sich hierbei, daß die Kollegen eine falsche Taktik verfolgten, als sie bei den Lohnbewegungen der letzten Jahre den Hauptwert auf die Akkordarbeit legten und die Stundenlöhne als Stiefkind behandelten. In warnenden Stimmen seitens der verantwortlichen Kollegen hat es nicht gefehlt. Leider wurden diese nicht nach Gebühr beachtet.

Die gespannteten Verhältnisse erfordern einen engen Zusammenhalt aller Berufsangehörigen und Ausschaltung jedes trennenden Momentes. Im großen und ganzen kann erfreulicherweise auch festgestellt werden, daß die Kollegen die Situation begriffen haben. Die Lösung muß sein, das Pulver trocken zu halten. Nun gibt es aber hier und da einige Kollegen, die ihre politische Interessenvertretung bei der SPD suchen. Das soll ihnen natürlich gänzlich unbekannt sein, wenn sie sich gewerkschaftlich in den gegebenen Rahmen einfügen und keine Exzitate machen. Das bringen nur aber nicht alle Kapedisten fertig, sondern die täglich frisch fabrizieren und gelieferten Parolen lassen ihnen keine Ruhe. Und so cerufen sie auf eigene Faust forrigierend in das Gewerkschaftsgebiet einzugreifen, um so nach ihrer Meinung die „Einheitsfront“ herzustellen. Als ob diese im Verband nicht jowie so da wäre, wenn sie nur ihre Störungsversuche sein lassen wollten. Ganz besondere Exemplare sind unsere Demit-Thumischer SPD-Kreunde, nicht nur, daß sie konsequent und beharrlich die niedrigsten Beiträge leisten und dadurch das Verbandsstatut verletzen, wollen sie auch sonst anscheinend eine Kur nach Dr. Eisenbart an Haupt und Gliedern der Gewerkschaft vornehmen.

Vor kurzem hatte die „Steinarbeiteropposition“ eine Versammlung nach Amocks Gasthof in Demitz einberufen. Der Zahlstellenleitung davon Kenntnis zu geben, hatte man anscheinend vergessen. Oder wollte man nicht?? Die Tagesordnung war:

- 1. Der drohende Lohnabbau und die Wirtschaftskrise in der Steinindustrie. Redner: Koll. Heiß, Bauken, gemakreger Steinarbeiterbetriebsrat und Koll. Bergmann, Königsbrück, Vorsitzender von Königsbrück.
- 2. Das Standalöse Verhalten der sozialdemokratischen Betriebsräte in betrieblichen Fragen.

Berufliche Spottnamen in der Steinindustrie

Von Krötendekern, Paddhödern, Knautschern, Straßenbildhauern und Dammsehern.



Wer selbst noch als Handwerksbursche gewandert ist oder mit älteren Kollegen gemeinsam gearbeitet hat, die als Handwerksburschen oder als „Kunden“ einstmals die Landstraßen bevölkert haben, weiß, daß in der sogenannten Kundenprache wohl jeder Beruf seine besondere Bezeichnung hatte. Auch die Steinindustrie macht davon keine Ausnahme. So läßt sich z. B. für das kleine Völkchen der Steinseher, Pflasterer und Kammer sogar eine ganze Kollektion solcher Spottnamen nachweisen, von denen wir in der Ueberlieferung nur einen Teil wieder gegeben haben.

Mit dem Verschwinden der Romantik der Landstraße, deren Träger früher einmal ganz allein der reisende Handwerksbursche gewesen ist, schwindet auch nach und nach die Kenntnis der „Kundenprache“. In dieser haben aber die beruflichen Spottnamen eine nicht unbedeutende Stelle eingenommen. Es ist daher zu begrüßen, wenn in der einschlägigen Literatur der Versuch gemacht wird, solche Spottnamen und wenn möglich auch die Geschichte ihrer Entstehung den späteren Generationen zu überliefern. Um einen solchen Versuch, der auch als gelungen bezeichnet werden kann, handelt es sich in einem Kapitel der kürzlich erschienenen Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter“. Der Verfasser hat sich bemüht, alles hierzu bezügliche Material zusammenzutragen.

Einige der ermittelten Spottnamen, die besonders im Berliner Steinsehergewerbe vorkommen, legen zudem Zeugnis ab von dem sprachschöpferischen Geist im Berliner Volkswitz. Und er hat sich gerade in den vorliegenden Fällen als geistvoll erwiesen. Der Berliner Steinseher und darüber hinaus der norddeutsche Steinseher bezeichnet sich noch heute sehr häufig als „Krötendeker“. Ueber die Entstehung dieses Namens gibt Knoll in seinem Buche zwei verschiedene Deutungen. Am meisten Anspruch auf Richtigkeit dürfte wohl die Auffassung haben, daß der Name von „Krotten“ herkommt, einer im Süden gebräuchlichen Bezeichnung für Miststiel und Fingerringsteine. Es sei dazu bemerkt, daß die ersten im Anfang des 18. Jahrhunderts nach Berlin eingewanderten Steinseher aus Süddeutschland kamen. Sie können also sehr wohl die Bezeichnung „Krötendeker“ hier eingeführt haben. Daß das Wort nicht immer als ein harmloser Spottname, sondern als ein schwerer Schimpf für das Handwerk beizutragen wurde, weist Knoll gleichfalls an Hand einer Hildesheimer Urkunde aus dem Jahre 1659 nach. Es waren Maurer, die den Steinsehergehilfen den „Schimpf“ angetan hatten, sie als „Krötendeker“ zu bezeichnen. Daraufhin wandten sich die Meister mit einer Beleidigungsklage an den Rat der Stadt und verlangten „Schutz ihrer Handwerkschre“. Die Meister fürchteten, daß ihre Gesellen die Stadt verlassen würden, wenn ihnen keine „Satisfaktion“ zuteil würde. Die Gesellen hatten in der Tat damit gedroht. Leider war nicht festzustellen, welchen Ausgang die Sache genommen hat. Einen anderen Spitz- oder Spottnamen für Steinseher finden wir in Hildesheim, er lautet „Paddhöder“ oder „Paddhöder“. Das

Wort dürfte wahrscheinlich verwandt mit dem englischen „path“ = Pfad, Weg, also angelsächsischen Ursprungs sein. Paddhöder wären demnach die Arbeiter, die „am Wege hoden“, was für die Steinseher ja fast immer zutrifft.

Für einen ungeschickten Kammer, das ist der Arbeiter, der das vom Steinseher gelehte Pflaster feststößt (rammt) und glättert oder richtiger, glätten soll, es statt dessen aber verdirbt, hat der Berliner Steinseher die Bezeichnung „Knautscher“ oder „Knautsche“ geprägt. Er zerknauscht eben die Arbeit des Steinsehers.

Eine wirklich keine Blüte beruflichen Humors ist jedoch die gleichfalls von Berliner Steinsehern erfundene Bezeichnung für den Steinmehnen, der die Granitplatten und Bordisqwellen an den Bürgersteigen bearbeitet; ihn bezeichnet er als „Straßenbildhauer“. Man beachte den Doppelsinn dieser Bezeichnung und den feinen Humor, der sich darin verbirgt.

In Mecklenburg, wo in früheren Jahrzehnten der Steinseher ganz allgemein als „Dammseher“ bezeichnet wurde, gibt diese Bezeichnung schon seit Jahren als herabsetzend. Es kann daher vorkommen, daß der also Angeredete erwidert: „En Dammsetzer is'n Hund, de sett' wat up'n Damm.“

Weitere interessante Beispiele dieser Art wolle man in dem Knollschen Buche selbst nachlesen.

* Solche sprachgeschichtlichen Zusammenhänge zwischen der niederdeutschen und der englischen Sprache lassen sich noch vielfach nachweisen.

Das Leben Jack Londons

Die Jack-London-Biographie ist erschienen. Charmian London, die Frau des großen und vielseitigen Schriftstellers, hat sie geschrieben, und die Büchergilde Gutenberg hat das Buch ihrer stattlichen Volksausgabe, der einzigen noch deutschen Originalverlaß genehmigt, die heute 17 Dreimark-Bände umfaßt, einverleibt. Die gesammelten Werke von Jack London erscheinen im Universitäts-Verlag, Berlin, die Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, Berlin, nur für Mitglieder.

Arthur Holsinger, der das Manuskript bearbeitete, hat auch die Einleitung geschrieben. Wir entnehmen der interessanten Darstellung folgende Charakteristik Jack Londons: London lehrt, dieses Dasein zu lieben. Er ist der hymnische Verkünder und mehr, der inbrünstige Liebhaber und Sänger des Daseins auf Erden. Und wenn es das Dasein der Geringsten, der Beladentsten ist, zu denen er ja in seiner Jugend nicht nur gehört hat. Gleich seinem großen Vorbild Walt Whitman ist Jack London der Sänger der rauschenden Prarie, der glühenden Savannen der kalifornischen Wälder, des stillernden Strandes vieler Meere, der wild und besessen über die Landstraßen des ungeheuren Kontinents streichenden Abenteuerlust.

Arme Landstreicher, denen das Ergattern einer Kruste Brots, eines Tages Arbeitslohns schon Ziel und Herrlichkeit dünkt, verwandeln sich in seiner Darstellung angesichts des stürmisch schönen westlichen Himmels, des stillen Archipels, in stolze, übermühtige Besitzer der Welt, unumschränkte Herren über die Elemente, denen sie in die Augen blicken, in die Augen zu blicken vermögen, ohne mit der Wimper zu zucken — wie dem Schicksal London hat, aus den niederen Schichten des souveränen Volkes emporgekliegen, niemals seinen herrschaftlichen Blick über die Tatsachen des Lebens und der Welt verleugnet. Er hat in allen Lagen des Lebens, in allen Funktionen, die der Trieb zur Selbstbehauptung ihm aufgezungen hat, den Blick des geborenen Bewingers behalten und das Leben hat sich vor diesem Bändigerblick geduckt und den Bewinauer gekniet. Und geschlagen zugleich! Denn alles, was der sterbliche Mensch hinieden empfängt, will bezahlt sein, und London hat den Tribut

gezollt, dessen Härte ihm nicht verborgen geblieben ist, ihn doch tödlich überrascht hat in der letzten Stunde!

London ist fast in dem Augenblick gestorben, in dem wie eine glühende Sonne das Reich dessen aufgelodert ist, wofür er, ein Arbeiter, Soldat und Führer zur Zukunft, bewußt und eifern sein Leben lang gekämpft hat. Wie gut entsinne ich mich des ersten und letzten, des einzigen Mals, da es mir vergönnt gewesen ist, Jack London zu sehen und ihm die Hand zu schütteln. Es war im Januar 1912, in Newport, bei einem Bankett des Klubs „Zum Sonnenaufgang“ — ich mag mich indes irren, vielleicht lautete der Name des Klubs „Die Dämmerung“ — jedenfalls war da, in einem Turmbau am Madison Square, eine Gesellschaft von Menschen beisammen, die den Sozialismus wollten und sich, durch gute und enthusiastische Reden im Beisammensein mit Gleichgesinnten aus allen Schichten der Gesellschaft für etliche Abend- und Nachtstunden über die erdrückende Atmosphäre Mannhattans, der wildesten überwachenglichten Hauptstadt des Weltkapitals, zu erheben und zu befreien suchten. Neben Jack London, dem der Ehrenplatz eingeräumt war, sah die Vorsitzende des Klubs, eine Dame, die den Namen eines der reichsten Bankmagnaten der Vereinigten Staaten trug und hier, wie es ja so viele ihres Standes tun, und nicht nur in Amerika, das soziale Unbehagen, wenn nicht Schuldbewußtsein, durch Bekleidung eines Ehrenamtes in der sozialistisch gerichteten Vereinigung abregierte. Nach der Ansprache dieser Dame — genau erinnere ich mich — stand London auf. Er war in seiner von der guten Gesellschaft so oft gerügten saloppen Tracht, offenes Hemd und flatternde Krawatte, erschienen, mitten unter den mehr oder minder festlich angezogenen, und soweit sie dem weiblichen Geschlecht angehörten, mit eifrigem Schmutz behangenen Mitgliedern des Direktoriums und hielt eine schwärmerische Rede: auf ein kleines, beschriebenes Wesen, das sich, als es seinen Namen nennen hörte, schon errötdend hinter dem Rücken der Nachbarin zu verstecken suchte — eine junge unbekanntes litauische Jüdin, die in diesen Tagen die Wäherinnen zu einem Streik zu organisieren unternommen hatte.

Es kette in Jack London eine gute Tracht Rebellion. In diesem wunderbaren, breitschultrigen Proletarier, der London war und zetteleses geblieben ist. Denn auf seinen Südfahrten ist er, an Bord seiner Yacht, der Matrose geblieben, der er in den frühen hungrigen und dürstigen Tagen auf dem Kutler der Fischpatrouille gewesen ist, und auf dem großen Gut, das er sich im südlichen Kalifornien gekauft hatte, blieb er der Rancher und Cowboy wie einst zur Zeit, da er sich noch als Farmhand verdienen mußte, um heil durch den Sommer zu kommen. Zu einer Zeit, in der jede große Zeitung und Monatschrift der Staaten und Europas es sich zur Ehre anrechnete, einen Beitrag des Meisters der Abenteuer-Erzählung publizieren zu dürfen, blieb er der Arbeiter, der sich die Zahl der täglich zu schreibenden Zeilen vor schreibt und der diese Zahl einhält. Und wie erst seinen Freunden und Kameraden gegenüber. War da der auf der Höhe seines Lebens stehende, weltberühmte Jack nicht der treue und aufopfernde Tramp, Gräber, Konferenzarbeiter, Außersichtiger und Genosse des Genossen geblieben? Dieser kühne und gute Mensch war ganz Arbeiter, hat sich nie in die Schichten des Bürgertums emporgewandt, wie so viele, wie die meisten seiner Berufs-genossen, sobald sie zu Erfolg und Ruhm gelangen. Es wird vor allem immerdar die Jugend sein, mit ihr die junggebliebenen Menschen, die Jack London als den ihren, ihren Kameraden, Sprecher und Avogel lieben und vielleicht, wie es ja die heutigen tun, in den Himmel heben werden. Denn in seiner so früh zu Ende gegangenen Lebenszeit ist stets der Funke lebendig geblieben, hat stets die eine Flamme gelodert: Freude an dem Dasein, Auskosten des Geschehens des Lebens bis zur bitteren Reize, helläugige Hoffnung, die in die ewig aufs neue zu erobernde Zukunft schaut. Diese Zukunft die in ihrer heute verwirklichten Form mitzuerobern das Werk seiner starken beschwingten Feder und seines unvergänglichen Herzens gewesen ist.

* Alexander Knoll: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter, Band I. Herausgeber: Zentralverband der Steinarbeiter, Leipzig.

Begründet wurde die Notwendigkeit der Versammlung damit, daß die „SPD-Gewerkschaftsleitung am Ort“ jede Massenaufklärung verweigere. Dabei hat aber die Zahlstellenleitung in allerlehter Zeit drei Vollversammlungen abgehalten, ferner an neun Betriebsversammlungen und sechs Betriebsratsitzungen teilgenommen. Weiter sind drei Rundschreiben ergangen. Also Gelegenheit zum Hören gab es genug für den, der hören wollte. Unsere „Oppositionskollegen“ scheinen aber sehr wenig gehört zu haben. Vielleicht mußten sie in den aufgeregten Wochen der letzten Zeit für „Teddy“ in die Bresche springen? —

Nun sind ja die Kollegen Heiß und Bergmann ganz gute Kerle, die es zweifellos ehrlich mit ihrer Arbeit meinen. Bedenklich und offensichtlich ist jedoch, daß sie, wie wir wollen annehmen wider Willen, meist mit ihrem SPD-Hinter mehr einreisen, als andere mit den Händen mühsam aufbauen können. Daß Koll. Heiß dabei als gewählter Betriebsrat und Bergmann als Vorsitzender der Königsbrüder Steinarbeiter offeriert werden, liegt jedenfalls in dem mangelhaften Nachrichtendienst der Demiker „Oppositionszelle“. Unseres Wissens ist Koll. Heiß einmal im vergangenen Sommer drei Stunden gemahnt gewesen. Er wurde auf sofortiges Eintreten der Kollegen jedoch wieder weiterbeschäftigt. Die Betriebsleitung rief den Braten, der ihr von der Gewerkschaft widerigfalls vor dem Arbeitsgericht vorgelegt worden wäre, bezuhen. Kollege Heiß ist dann von der Firma bis zu deren finanziellen Zusammenbruch beschäftigt worden. Er wurde dann mit der gesamten Belegschaft entlassen. Der ganze Vorfall war das, was sich fast täglich irgendwo abspielt und wo man gemeinhin nicht viel Aufsehens macht, sondern den Arbeiter einfach zum Arbeitsgericht zur Ordnung rufen läßt, wenn nicht die Kollegen sofort sowie Elan aufbringen, für ihren Betriebsrat einzutreten. Daß Koll. Bergmann Vorsitzender der Königsbrüder Steinarbeiter sei, ist uns auch ganz neu. Nach unserem Wissen ist dies schon seit Jahren der Kollege Oswin Anders. Bergmann ist es wohl noch nie gewesen. Oder hat etwa der Schriftleiter, Koll. Siebold, gar abgelehrt, im „Steinarbeiter“ bekannt zu machen, daß Koll. Bergmann von den Kollegen zum Vorsitzenden gewählt wurde? Damit ja nicht etwa ruchbar werde, daß der als SPD-Mann in der Oberlaufst bekannte Koll. Bergmann ein wichtiges Amt im Verband bekleide. Den „Reformisten“ ist alles zuzutrauen und der Redakteur ist einer von der reformistischen Sorte.

Aber es jagt alles nicht! Die Opposition rief wohl laut und eindringlich, aber sie kamen lange, lange nicht alle. Einige 30 Männer waren den oppositionellen Schalmehäuten gefolgt. Bei Zweihunderttausend Beschäftigten gewiß ein glänzender Erfolg. Walter und Otto konnten deshalb ihre oppositionelle Weisheit nicht an den Mann bringen. Ein großer Aufwand war schmächtig vertan. Die Demiker Steinarbeiter sind in ihrer erdrückenden Mehrzahl eben doch zu vernünftig, um jeden Rattenfänger nachzulaufen und wenn er noch so schön flötet und ein doppelt rotes Mäntelchen zur Schau trägt. Sie vertrauen ihren sozialdemokratischen Betriebsräten und der gewerkschaftlichen Leitung, denn sie wissen, daß gerade bei den kommunistischen oder „sympathisierenden“ Betriebsräten, wie man die Mitläufer so schön bezeichnet, das Mundwerk sehr oft nicht mit den Taten in Einklang steht. Damit soll nun durchaus nicht gesagt sein, daß dies auf alle kommunistischen Funktionäre und Betriebsräte zuträfe. Nein, wir kennen auch eine Reihe mit SPD-Wasser getaufter Kollegen, die ihre Gewerkschaftsarbeit gut und redlich erfüllen. Andererseits haben wir aber auch keine Veranlassung, die SPD-Männer hineindrücken zu lassen. Auf eine gute gewerkschaftliche Wage gesetzt, würde sich wohl die Waagschale der SPD-Funktionäre mit einem vernünftigen Ruck nach unten neigen, weil die Mehrzahl der SPD-Männer sowohl die Leistung und das Können in Frage stellt, doch zu leicht ist. Wir hoffen aber immer noch und werden nie aufhören zu hoffen, daß auch diese Kollegen eines Tages ihre gewerkschaftlichen Interessen erkennen und sich mit uns in eine gewerkschaftliche Einheitsfront stellen werden. Sehr zum Leidwesen ihrer verschiedenen Granitgewaltigen, die sich über die Kurzsichtigkeit ihrer Steinmehlserei nicht ins Äußerste lassen.

Darum Walterchen und Ottoschen! Steht die Streitzeit ein, denn ihr könnt mit ihr doch sowieso keinen Blumentopp gewinnen. Bleibt in eurer schönen Bauhner und Königsbrüder Pflege und macht die guten Demiker-Oppositionsmänner nicht noch verächtlicher als sie schon sind; das langt schon überall hin, einschließlichs von euch beiden.

Von Straßenbau und Steinindustrie

Aus München wird uns darüber geschrieben:

Die Ergebnisse aller bisherigen Versuche im Straßenbau lassen sich dahin zusammenfassen, daß es mit Ausnahme des Kleinpflasters für den gemäßigten Verkehr keine geeignete Straßendecke gibt, die den gestellten Anforderungen entspricht. Es wird fortwährend von dem ausschließlichen Kraftverkehr auf den Landstraßen gesprochen. Wo sollen dann die Landwirte und sonstigen Pferdebesitzer fahren — als auf der Landstraße? Wie soll der Landwirt anders auf seinen Acker kommen als auf der Landstraße. So weit, wie unlängst ein Herr in einem Vortrag meinte, daß die vorantizipierten Pferde- und Ochsenfuhrwerke durch ein Verbot von der Landstraße zu verschwinden hätten, ist es noch nicht. Es mag vielleicht einmal soweit kommen, aber das dauert noch seine Zeit. Wenn es richtig ist, daß die eisenbereiften Wagen die Straßen so arg beschädigen, warum kann dann nicht eine Vorrichtung erlassen werden, daß statt der Eisen- einfach Gummireifen zu verwenden sind!

Es stimmt also nicht ganz, wenn behauptet wird, daß die Straße nur dann im guten Zustande bleibt, sobald nur mit Automobilen darauf gefahren wird. Auch der Nichtbesitzer eines Autos hat vorläufig noch das Recht, auf der Straße zu fahren. Somit kann also nur ein Straßenbelag in Frage kommen, der vorerst beiden Rechenungen trägt. Dies ist nach meiner Meinung nur das Kleinpflaster mit Beton-Unterlage. Was den Preis anbetrifft, wird es im Endeffekt sich nicht höher stellen als die Betonstraße. Hat aber den Vorteil geringster Abnutzung. Ist stets rauh, was für den Verkehr sehr wichtig ist.

Im Nachstehenden gebe ich eine Kalkulation über eine ausgeführte Betonmooskiststraße in München. (Siehe Zeitschrift Betonstraße vom September.) Danach stehen sich die Kosten einer solchen Straße pro Quadratmeter auf 7,05 bzw. 7,44 Mk., also noch wesentlich billiger als eine reine Betonstraße, bei der der Quadratmeter auf 9 bis 12 Mk. zu stehen kommt, je nach Lage. — Die Straße in Böhmen hat 12 Zentimeter Unterbeton, Mischung 1:12, dann 3 Zentimeter Zementmörtel 1:3. Auf diese Mörtelschicht kommen Granitwürfel 4x6 Zentimeter. Genaue Beschreibung steht in der angegebenen Zeitschrift „Betonstraße“.

Es ist also bei einigem Willen und Wollen sehr gut möglich, und dies zu beweisen, soll eigentlich der Zweck meiner Zeilen sein, daß sowohl die Steinindustrie durch Lieferung von Schotter und Kleinpflaster als auch die Zementindustrie im Straßenbau genügend Beschäftigung finden kann. Aber wie das so ist, beide Industrien gehen aneinander vorbei. Die mächtige Zementindustrie wird ohne Rücksicht auf die Steinindustrie sich durchsetzen. Letztere ist gegenüber der ersteren finanziell zu schwach und in viel zu viel kleine Betriebe verteilt. Erstere ist auch in der Lage, dem Staat, wenn es notwendig ist, eine entsprechende Anleihe zu geben, was bei der „armen“ Steinindustrie ausgeschlossen ist. Es wäre also von allen Seiten bei den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, daß entsprechende Versuche in dieser Richtung unternommen werden. Würden diese Versuche gelingen, woran nicht zu zweifeln ist, so würde für die Steinindustrie eine wesentliche Besserung ihrer Lage in Aussicht sein.

Die Asphalt-Industrie wird nie für den Landstraßenbau ernstlich in Frage kommen. Erstens braucht Asphalt auch eine Beton-Unterlage, zweitens sind die Straßen zu schlüpfrig und drittens soll nicht vergessen werden, daß Asphalt in der Hauptsache vom Ausland kommt.

Teerstrassen sind für den Landstraßenverkehr ungeeignet infolge der hohen Unterhaltskosten. Drogen wie Teer auf Asphaltstrassen (wie in München) ebenso wie Asphalt in den Städten weiterhin Verwendung finden wie bisher auch.

Allerdings ist gleich beizufügen, daß der Kleinpflasterstraßenbau mit Beton-Unterlage (Betonmooskistpflaster) auf eine neue Basis zu stellen ist. So wie der Kleinpflasterbetrieb jetzt gehandhabt wird, geht es nicht. Das kommt dann zu teuer. Es wird sowohl im Bruch bei der Fabrikation, als im Legen vom Pflaster eine Umstellung erfolgen müssen. Darüber später! Andernfalls das eintritt, was jetzt noch hantanzuhalten ist: der Untergang der Steinindustrie im Straßenbau!

Noch eine andere Sache! Von den Betonleuten wird fortwährend darauf hingewiesen, daß selbst der Granit als hartes Gestein den Säuren der Großstadt nicht Stand hält. Dies zeigt die fortwährenden Abblätternungen an den Sockeln von Gebäuden usw. Von der Wissenschaft wird zum Teil ebenso gefolgert. Dagegen sei der Beton über alles erhaben. Obwohl der Steinindustrie dies bekannt ist, erhebt von dort kein Mensch öffentlich dagegen Widerspruch. Sowohl der Steinmeh als der Unternehmer hätte die Pflicht, aufzuklären, wenn ihnen an ihrem Gewerbe etwas liegt. Nicht oft genug könnte in Wort und Schrift für den Naturstein eingetreten werden. Der Grund, warum beim Granit sich öfters ein Abblättern zeigt, ist folgender: Meistens werden die Ansichtflächen gestocht. Nun müssen die Arbeiter zum Teil das Schärfer der Stochämmer selbst bezahlen, oder der Meister ist recht sparsam mit dem Werkzeug. Die Folge ist, daß mit stumpfen Werkzeugen und Hämmern auf dem Stein herumgedroschen wird, was ein sogenanntes Aufsprallen der Fläche zur Folge hat. Bei gutem Stein und gutem Werkzeug wird ein Abblättern niemals eintreten. Bei rohen oder gespitzten Flächen ist ein Abblättern ausgeschlossen.

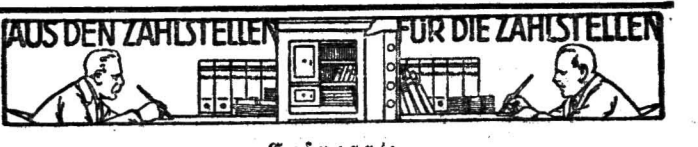
Wenn nun diese Fehler bekannt sind (und sie sind bekannt), warum werden sie nicht beseitigt? Warum tritt man diesen, zum Teil absichtlichen schlechten Urteilen nicht entgegen?

Nach meiner Ansicht kann es nur folgendes sein: Entweder schlägt die Steinindustrie und steht nicht, wie sie (zum Teil durch eigenes Verschulden) vom Beton verdrängt wird. Oder aber sie ist schon so schwach, daß sie sich der Gefahren nicht mehr erwehren kann. Wenn dies der Fall ist, so müßte ich sagen, sie hat es selbst mit verschuldet und ich fürchte, daß dies im Straßenbau wieder ebenso gehen wird. Man braucht nur die Zeitschriften über Kunststein — Beton — Zement — Asphalt usw. zu lesen, nirgends steht etwas vom Naturstein! Wenn schon die Unternehmer nicht wollen oder nicht können, dann müssen die Arbeiter bzw. ihre Gewerkschaften sich für diese Industrie einsetzen und auch in anderen Zeitschriften nicht bloß im Fachblatt schreiben. Die Welt muß davon hören! Die Abgeordneten im Reichstag und Landtag müssen auf Verwendung von Naturstein drängen.

Anmerkung der Redaktion: Der Zement als Straßenbaustoff in Verbindung mit dem Naturstein ist schon seit langem eine bekannte Tatsache. Allerdings ist die Verbindung beider weniger auf Landstraßen, als auf Stadtstraßen anzutreffen. Das in Zement gelegte Groß- und Kleinpflaster in den verschiedenen Städten, die Herstellung der Pflasterunterbetung aus Beton ist von jeher keine Seltenheit. Neu aber ist die Darstellung des Verfassers, daß in Verbindung mit einem Betonuntergrunde Mooskistpflaster als Landstraßenbefestigung ausgeführt wurde. Die in dem vorstehenden Artikel angegebenen Preise einer in Böhmen ausgeführten Mooskistpflasterstraße werden sich allerdings nicht auf Deutschland undbesonders übertragen lassen. Im Durchschnitt kostet in Deutschland der Quadratmeter Mooskistpflaster 4 Mark ohne die Arbeit des Verlegers. Trotz des Zementes als Bindemittel der Mooskistpflaster ist wohl auszusprechen, daß die geringe Höhe der Steine nicht den entsprechenden Widerstand gegen die Einwirkungen des Verkehrs zu leisten vermag, als es das Kleinpflaster mit seinen größeren Abmessungen imstande ist. Kleinpflaster und hochwertiger Beton sind Straßenbefestigungsmittel, die sich im Preise nahezu die Wage halten. Beide zusammengesetzt, ergeben naturgemäß eine Straßenbefestigung, die ohne weiteres in Deutschland teurer als jede andere Straßenbefestigung stellen würde. Und aus die Grunde können wir auch dem Mooskistpflaster eine günstige Prognose für den Landstraßenbau nicht stellen. Hinzu kommt, daß bei dem Landstraßenbau nur in den seltensten Fällen die Schaffung einer Betonunterbetung notwendig ist. Kleinpflaster, das auf alten Schotterstraßen gut verlegt wird, ist in dieser Beziehung bedeutend wirtschaftlicher. Gewiß, in Bayern, der Heimat des Verfassers, genießt das Kleinpflaster nicht die Beachtung der für den Landstraßenbau in Frage kommenden Behörden. Aber sehen wir uns jene Bezirke an, wo das Kleinpflaster im Landstraßenbau zur Bewältigung des schweren und schwersten Verkehrs eine Rolle spielt (Sachsen und Rheinland), dort hat es in geradezu glänzender Weise die Voraussetzungen erfüllt, die man an diese Stelle. Die Hinweise des Leiters des sächsischen Staatsstraßenwesens auf der letzten Generalversammlung der „Stufa“, die wiederholten Verlautbarungen der rheinischen Provinzialverwaltung über die Hochwertigkeit des Kleinpflasters als Befestigungsmittel der Landstraßen müßten nur überall verstanden werden.

Nur bedingt richtig ist gleichfalls die Anschauung des Verfassers von der „reichen Zement-“ und der „armen Steinindustrie“. Gewiß, die Zementindustrie gibt Straßenbauverwaltungen Anleihen zur Durchführung von Straßenbauten. Aber die Sache ist doch so, daß diese Industrie Auslandsanleihen zu verbilligten Zinssätzen aufnimmt, während sie ihrerseits ihre Wegebauanleihen zu einem erhöhten Zinssatz vergibt, so daß für sie immer noch ein Geschäft dabei in Frage kommt. Genau so kann es die Steinindustrie und das Steinleggewerbe auch tun. Zu bedauern ist nur, daß beide die gleichen Gewohnheiten, wie in der Zementindustrie, noch nicht nachgeahmt haben.

Soweit nun die Rührigkeit der Natursteinindustrie zur Erhaltung und Erweiterung der Natursteinverwendung in Frage steht, hat der Einsender des Artikels auch wiederum nur bedingt Recht. Zweifellos ist in den letzten 10 Jahren mit Erfolg eine viel größere Beweglichkeit auf dem Propagandagebiet, von der Naturstein-Industrie veranlaßt, zu konstatieren. Jedoch über die Frage, ob genug auf diesem Gebiet geschehen ist und noch geschieht, läßt sich natürlich diskutieren, weil die Meinungen darüber auseinandergehen. Fest steht aber auch, daß die lebhaftere Propaganda für die Verwendung von Naturstein sich nicht nur auf die Fachblätter in der Steinindustrie erstreckt, sondern auch in anderen Zeitschriften und Tageszeitungen Eingang gefunden hat. Erst in der Nr. 49 des „Steinarbeiter“ vom 8. Dezember 1928 brachten wir einen solchen Artikel aus einer der bekanntesten Tageszeitungen Deutschlands, aus der Feder eines namhaften Architekten, für das große Publikum berechnet, zum Abdruck. Wenn also der Einsender einen Vorwurf mit seinen Darlegungen erheben will, ist dieser unberechtigt, will er aber eine vermehrte Propaganda damit erreichen, dann kann es als Anregung nur begrüßt werden. Was nun über Abblätternungen bei Granitquadranten berichtet wird, so ist dieses Vorkommnis aus München und einigen anderen Städten bekanntgemorden. Das hat aber mit der Bearbeitung und dem Zustand der Werkzeuge weniger oder überhaupt nichts zu tun, sondern liegt an der Struktur des Gesteins. Bedauerlich bleibt gewiß immer, wenn zu Monumentalbauten minderwertiger von der Verwitterung schon angegriffener Stein — meistens obere Schichten — genommen wird, wie das bei den Abblätternungen der Fall gewesen zu sein scheint. Vor etwa 40 Jahren hat schon der damals einigemomene Standpunkt, „Nach uns die Sintflut“ von geologisch ungeschulten Steinbruchunternehmern und Steinmehleisern aus der Sandsteinindustrie, die Natursteinverwendung sehr, sehr geschädigt. Denn jeder Steinbruch wurde infolge der großen Nachfrage verwendet, worauf heute mit dem Finger gezeigt wird. Man darf aber nicht übersehen, daß die Produkte aus Naturstein bei Bauten durchweg auf Ewigkeitswert angelesen und angeproben werden, während man bei anderen Baustoffen wie Holz, Eisen, Beton oder Erzkstoffen darauf nicht so sehr steht. Deshalb wird in der Beurteilung von Naturstein auch sehr viel Uebertreibung geleistet, und es kann mit Recht gesagt werden: was Architekten und Baukünstler in jenen Jahren verbodt und übersehen haben, wird heute meistens auf das Konto der Natursteinindustrie und des Natursteins gebucht. Aber der Einsender aus München hat nicht unrecht, wenn er meint, daß Steinindustrie und Steinleggewerbe, ohne zu erlahmen, sich wehren und rühren müssen im Interesse ihres Erwerbszweiges.



Gesperrt:

- 1. Gau (N.-D.): In Stettin die Hoch- und Tiefbau-Firma: Scholl, für Steinmehnen
- 3. Gau: In Rochlitz (Sa.) das Grabmalgeschäft der Gebrüder Heidl. Durch zahlreiche Klagen vor dem Arbeitsgericht mußte für die Kollegen der Tariflohn erkämpft werden. Trotzdem versucht die Firma immer wieder, mit neuangestellten Kollegen un-tariffliche Löhne zu vereinbaren. Da dies aber unterbunden worden ist, hat man Betriebsstilllegung angemeldet und dem erörternden Beamten erklärt, daß vor Frühjahr nicht wieder eröffnet werde. Offenbar sollen nun aber die ortsansässigen Kollegen aus dem Betriebe entfernt werden, um dann mit fremden Steinmehnen und Bildhauern den Tarif ungenierter miszachten zu können.
- Kein Steinmeh oder Bildhauer darf bei der Firma Arbeit annehmen!
- 5. Gau: In Detmold die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Lauffstoffzentrale Grottenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Do o Meier, früher Karl Meier in Hildesheim bei Detmold. — Die Firma Fritz Schneider in Grottenburger Sandsteinbruch, Hildesheim bei Detmold.
- 8. Gau: In Großheubach der Werkplatz beim Steinbruch Franz Keller. Die Firma zahlt nicht nach Tarif.

Entscheidung des Reichsarbeitsministers. Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 (Reichsgesetzblatt I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- 1. Vertragsparteien:
 - a) Auf Arbeitgeberseite: Verband deutscher Granitwerke E. V., Karlsruhe.
 - b) Auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig.
- 2. Abgeschlossen am 4. August 1927, Reichslohntarifvertrag.
- 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in Granit- und Sandsteinbearbeitung.
- 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme des Gebietes Bayern rechts des Rheins.
- 5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. November 1928.

Die allgemeine Verbindlichkeit des am 1. Juli 1922 in Kraft getretenen Reichslohntarifvertrages, der am 1. Juli 1923 in Kraft getretenen Abänderungen und der Zufüge vom 3. Juli 1926 tritt mit Ablauf dieser Vereinbarungen außer Kraft. (Folgt Unterschrift.)

Der Versammlungsbericht. Durch den Klassencharakter, den die Bildung hat, fehlt ihr die Verbindung mit dem Volke. Es ist nicht nur eine Ungerechtigkeit, Menschen um äußerlicher Verhältnisse willen die inneren Werte zu entziehen. Es ist auch nicht nur eine kulturelle Schädigung, wenn die vorhandenen geistigen und künstlerischen Werte nicht alle produktiv eingesetzt werden in die Kultur. Diese Zernhaltung der Masse vom schaffenden geistigen Leben hat zugleich eine Enttarnung des Bildungslebens gebracht. Es fehlt ihm der Schwung, der da überall vorhanden ist, wo die sprühende Volksseele sich schöpferisch entfalten kann.

Diese Lebensart der Klassenbildung ist es dann leider auch, die so viele Menschen vor Bildung fast zurückdrückt läßt. Der Begriff „wissenschaftlich“ ist vielen gleichbedeutend mit langweilig. Wir alle stehen unter dem Einfluß dieses Bildungswesens der kapitalistischen Zeit. Der nüchternste Intellektualismus hat uns nüchtern gemacht gegen Bildung, gegen jede Lektüre, und selbst das lebendige Wort das wir lesen, flingt uns oft als papierenes Wort, ohne daß wir den Herzschlag dessen fühlen, der es geschrieben hat.

Es ist ein hoher Kulturdienst, das Wort zum Leben zu wecken und Bildung mit unserer Persönlichkeit zu erleben. Das ist uns aber am leichtesten auf dem Gebiete möglich, das uns am nächsten liegt, dem unferen sozialen Ringens, dem unferen sozialen Gestalt, dem unferen sozialen Ideales. Und da heißt es, alles, was wir hier lesen, nicht nur flüchtig mit den Augen zu überfliegen und mit dem Hirn denkend und behaltend zu verarbeiten. Wir müssen als kämpfende Menschen lesen. Als lebendig fühlende Menschen. Als Menschen, denen die glühende Seele dennoch nicht entzückt worden ist.

Da haben wir im Verbandsblatt z. B. den Versammlungsbericht. Da finden wir die Geschehnisse mitgeteilt, Wünsche, Beschwerden. Da lesen wir von Sorgen und Nöten. In wenigen Worten und in wenigen Zahlen alles zu Papier gebracht. Wir nehmen es auf, vergleichen, stimmen zu, lehnen vielleicht auch ab. Doch ist das alles? Darf das alles sein?

Nein! Mit unserem Herzen haben wir zu lesen. Miterleben müssen wir das weite Leben des Verbandes, das sich da in den Berichten spiegelt. Ist es nicht dort in jener Gruppe wie in der deinen? Ist es nicht dort der gleiche Geist wie hier? In jedem überall wie in dir und in mir? Ist es nicht der große, lebensprühende Organismus, der sich da regt? Ein Leu, der sich regt, um aufzuspringen und Herr zu sein, Herr eines weiten, neuen Reiches?

Wir müssen aus dem Verbandsgeste heraus zu lesen lernen. Dann ist das alles nicht bloß und matt, sondern lebendig, weil du liest von dir und deinem Erleben und deinem Glauben, der da von deinem Verbands zum Stepe geführt werden soll. Dann ist dein Verbandsblatt der Pulsschlag deiner Organisation, der überall, in jedem die herrliche Kraft des kämpferischen Lebens zu wecken berufen ist.

Und wir wachsen zum frischen und innerlich jugendlichen Menschen, der zu lesen versteht und der alles, was an Gedrucktem ihm unter die Augen kommt, durchsieht mit seinem lebendigen Willen, daß es alles starker Energiewert der sozialen Bewegung zur Freiheit wird.

Kamenz. Am 22. November verschied nach längerer Krankheit der Töpfer Karl Hoheisel. Der Genannte stand unserer Zahlstelle sehr nahe und hat sich Verdienste um den Verband erworben als Mitbegründer unserer Zahlstelle. Vor etwa 27 Jahren haben sich einige Steinarbeiter und Töpfer am Ort zusammengesezt, um eine Steinarbeiterzahlstelle ins Leben zu rufen. Die Töpfer, darunter Karl Hoheisel, gingen den Steinarbeitern zur Hand und leisteten praktische Arbeit. Der Verstorbene war sogar zwei Jahre erster Vorsitzender und Leiter der Zahlstelle, die viel Schwieriges überwunden hat bis zur gegenwärtigen Stabilität. Über nicht nur im gewerkschaftlichen Leben, sondern auch als Freund und Berater war der Verstorbene sehr geschätzt und geachtet. Mit Behmut erfüllt uns sein Tod, ein ehrendes Andenken ist Karl Hoheisel sicher. J. A. Schiefer, Vorf.

Demig in Sachsen. In der Zeit vom 22. November bis zum 27. November wurden in den Ortschaften Neukirch, Burkau, Steinigt w o l m s d o r f und Schmölln je eine Mitglieder-versammlung abgehalten. Der Vorsitzende Kollege Schuster erläuterte eingehend die jetzt bestehenden Reichs- und Bezirksstatute mit den Betriebsvereinbarungen und erklärte, daß jegliches Durchbrechen dieser Vereinbarungen einen glatten Tarifbruch bedeute. Die Kollegen dürften dem Anfinnen der Unternehmer nicht stattgeben, da auch die Unternehmer verpflichtet sind, tarifliche und betriebliche Abmachungen zu halten. Es wurden verschiedene Fälle angeführt, wo die Unternehmer durchgehen wollen, daß weniger gezahlt wird. Unter Punkt 2 wurden die bei zwei Firmen bereits vorgenommenen Entlassungen behandelt. In längeren

Ausführungen wurde noch das Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz durchgesprochen, damit die Kollegen bei Arbeitslosigkeit vor Schaden bewahrt bleiben. Als 3. Punkt wurde im allgemeinen von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiterkassen im jetzigen Ansturm des Unternehmertums fest zusammenhalten muß, dann werden wir auch das überstehen.

Heiligenbeil. Am 25. November tagte hier die erste Monatsversammlung der neugegründeten Zahlstelle. Nach Feststellung der fast vollständig erschienenen Kollegen begrüßte der Vorsitzende Kollege Breier die Anwesenden und dankte für das zahlreiche Erscheinen. Als Tagesordnung waren drei Punkte vorgelegt: 1. Bericht vom Kurkurs in Königsberg. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab der Vorsitzende einen mit Beifall aufgenommenen Bericht. Über den Kassenbericht kam es zu lebhafter Aussprache. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag vom Kollegen Wernke angenommen, der vorsieht, bei der schlechten Lage der Lokalkasse 10 Pfennig pro Kopf und Woche auf die Erwerbslosenmarken extra zu erheben. Einige Kollegen erklärten sogar, als Erwerbslose ihren vollen Beitrag weiterzugeben. Verschiedene andere Fragen gelangten unter Punkt 3 zur Aussprache. Behandelt wurde unter anderem der Besuch der Monatsversammlungen, wer unentschuldig fernbleibt, hat eine Strafe von 2 Mark in die Lokalkasse zu zahlen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß Mitglieder, die durch nachlässige Beitragszahlung aus dem Verbande auscheiden oder austreten und in späterer Zeit die Organisation wieder in Anspruch nehmen wollen, bei der Wiederaufnahme 15 Mark an die Lokalkasse zahlen und die rückständigen Marken 8 Wochen nachzahlen. Die nächste Monatsversammlung wird auf den 23. Dezember festgesetzt.

Stettin. Versammlung am 10. November 1928. Auf der Tagesordnung standen Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Kassierer verliest die Abrechnung vom 3. Quartal. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung durch den Kassierer Schönherr bestätigt, wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Unsere erste Lohnverhandlung findet am 14. November mit den Meistern statt. Unter Verschiedenem werden die Mißstände bei der Firma M r z y d erörtert. Die Nachzahlung des Jahreslohn ist bereits geregelt. Im Falle des Kollegen Krause als Betriebsobmann bei der Firma und seine Entlassung wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben. In Sachen des Kollegen B e i r o w beschließt die Versammlung, den Kollegen zur nächsten Versammlung zu laden. Falls er sich diesem Beschlusse nicht fügt, soll er ausgeschlossen werden. Der Vorsitzende berichtet noch über die „Volksfürsorge“. Er fordert die Kollegen auf, sich in diese Versicherung aufnehmen zu lassen. Schluß der Versammlung um 11,30 Uhr.

Seebach. Die Firma Joseph Dörflinger, Granitwerk, glaubt anscheinend mit allen möglichen Schikanen die organisierten Kollegen kleinzufragen. Neulich geriet unser Kollege G., der bei obiger Firma in Arbeit steht, wegen einigen Kleinigkeiten mit Dörflinger in Streit. Diese Auseinandersetzung fand in einem Gasthaus nach Feierabend statt. Als tags darauf der Kollege zur Arbeit kam, erklärte Herr Dörflinger: „Du bist entlassen!“ Auf die Frage des Kollegen, wie es mit der Kündigung steht, wurde ihm paßig erwidert, dies sei nicht notwendig. Da ein Betriebsrat nicht besteht, wandte sich der Kollege sofort an den Gauleiter. Kollege Sarfert machte die Firma auf die entstehenden Folgen aufmerksam, falls der Kollege nicht wieder eingestellt und die veräumten Tage vergütet würden. Das wirkte. Er forderte den Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, auch werde er die veräumten Tage bezahlen. Nun ist diesem Kollegen erneut gekündigt worden. Diese Kündigung entbehrt nicht eines gewissen Humors. Die Kündigung läuft bis zum 31. (?) November. Anschließend lebt Dörflinger auf dem Mond, da er nicht weiß, daß dieser Monat 30 Tage hat. Klage beim zuständigen Arbeitsgericht, Verstoß gegen Paragraph 84 des BGG, ist eingeleitet. Selbstverständlich ist der Betrieb Dörflinger gesperrt. Jeder Steinarbeiter hat die Pflicht, eine solche Firma zu meiden.

Kollegen von Seebach! Diese Vorgänge sind Warnsignale. Sie sind zurückzuführen auf die trostlosen Organisationsverhältnisse. Was hier passierte, kann sich morgen schon in jedem anderen Betrieb wiederholen. Es ist an der Zeit, daß ihr euch aufrüht. Dem „Herrn-im-Hause“-Standpunkt der hiesigen Unternehmer kann nur durch eine starke Organisation entgegengetreten werden. Nur in der Organisation und der Solidarität liegt die Macht und Stärke auch der Seebacher Steinarbeiter.

Darmstadt. Hier am Ort ist unter den Steinmehren eine unbegreifliche Organisations-Schlappheit eingerissen; von 45 Mitgliedern kamen kürzlich 6 in die Versammlung. Statt daß sie dort hin gehen, wo sie sich über ihre wirtschaftliche Existenz aussprechen und mit ihresgleichen auf Abhilfe und Besserung verständigen können, wird außerhalb der Versammlungen herumgeklatscht und nichts unternommen. Einige sagen sogar, sie könnten nicht in die Versammlung kommen, weil sie arbeiten müssen. — In nächster Zeit soll ein neuer örtlicher Tarif für diese Säumigen eingeführt werden, wo da nun noch bei den paar Vorwärtsdrängenden die Begeisterung herkommen soll für die Allgemeinheit, bleibt eine unbeantwortete Frage. Die Vorgänge im Westen, die von den Eisenindustriellen hervorgerufen waren, lassen die Darmstädter Steinarbeiter ganz ungerührt. Am Ort arbeiten auch Kollegen, die sind einfach „Mädchen für alles“, sind Steinmehren, Stampfer, Terrazzomacher, Maurer usw. Wird die Arbeit knapp, dann fliegen alle anderen bis auf diese Allerwertköpfer. Die Allgemeinheit wird dadurch sehr geschädigt. Dieses und noch vieles andere können wir abstellen und ändern, wenn wir geschlossen zusammenstehen und Mann für Mann in die Versammlung kommen zur Wahrung unserer Arbeiterinteressen.

Bajaltwert Steinau, Kreis Schlüchtern. Am 17. November dieses Jahres fand hier im Steinbruch D 51 der Mitteldeutschen Hartstein-Industrie ein größerer Sprengbruch statt, der den Erwartungen nicht entsprach. Im Frühjahr 1928 wurde unter großer Mühe und Kräfteaufwand der dortigen Steinarbeiter ein Stollen mit 2 Seitenkammern, insgesamt 40 Meter Länge, in die Felsenwand eingehauen, nach Vollendung dieser Arbeit glaubten die dortigen Kollegen nun, daß die Sprengung auch vorgenommen würde, weit gefehlt. Eine Enttäuschung auf Verdienst wie so manche andere. Die Firma sann sich einen besseren Plan aus und nahm die große Sprengung erst am 17. November 1928 vor, sie schlug zum Teil fehl und zwar in einer Zeit, in der die Steinbruchbesitzer Jahr für Jahr erklären: schlechte Konjunktur, Betrieb unrentabel, keine Lieferungen. So auch jetzt, kurz vor dem Zeitpunkt, wo der Friede auf Erden von allen Kanzeln der Kirche der Menschheit verkündet wird, nahm die hiesige Betriebsleitung die Lohnfestsetzung mit den hiesigen Steinarbeitern auf. Das ging folgendermaßen vor sich: Von Anbeginn des Betriebs hatten die Rollwagen 040 Kubikmeter Inhalt. Neuerdings beschaffte man Rollwagen von 0,75 bis 0,80 Kubikmeter Inhalt, und will folgedessen die Entlohnung ändern. Anstatt nun mit dem Betriebsrat an Ort und Stelle bei jeder Gruppe die Lohnänderung vorzunehmen, machten die Herren die Lohnfestsetzung allein zum Nachteil der Kollegen, bestellten erst dann den Betriebsrat zur Anerkennung dieses Lohnindikates. Mit Recht wies der Betriebsrat dieses zurück. Den betreffenden Herren muß jetzt beim Arbeitsgericht klargemacht werden, daß § 13 des Reichsarbeitsvertrags auch für sie gilt. — Darum Kollegen, die Augen auf, schließt die Reihen enger, steht geschlossen hinter eurem Betriebsrat, wir benötigen das bei den heutigen schweren wirtschaftlichen Kämpfen, die nicht offen geführt werden, wie der Vorgang im Bajaltwert Steinau zeigt. Auch die Drohung von Entlassungen bewegte den Betriebsrat nicht zur Annahme des Lohnindikates. Nicht unerwähnt bleiben darf, daß die Sparmaßnahmen nur bei euch vollzogen werden sollen. Habt Ihr am Sprengungstag gesehen, wie die Tafeln für die geladenen Gäste gedeckt waren in dem neugegründeten Mannschafts-Speiseklub? Für den ist sonst kein Geld da! Um Einbruch bei den Gästen zu erwecken, hatte die Betriebsleitung einen hektoliter Bier für die dortigen Steinarbeiter gestiftet, die es aber ablehnten, mit dem Bemerkten, bessere Löhne zu zahlen; sie verschafften somit dem Gedanken des Betriebsrates geistesvolle Geltung, daß Alkohol auf der Arbeitsstelle nicht gegossen werden darf. Begrüßenswert! Verdient Nachahmung!



Joseph Seiz f. Der Verband der Deutschen Buchdrucker trauert den Abgang seines Erstgen Vorstehenden. Nach nur zitätigem Krankenlager infolge Lungenentzündung raffte der Tod den 64-jährigen, aber körperlich und geistig noch sehr rüstigen Mann hinweg. Der Verstorbenen hat das Amt des 1. Verbandsvorsitzenden 10 Jahre bekleidet und war vordem Gauvorsitzer des Verbandes in München. Wer den bescheidenen, klugen Joseph Seiz kennengelernt hat, kann ermessen, daß der Tod des bewährten Führers den Buchdruckerverband schmerzlich trifft. Wir sehen ihn noch heute vor uns, als auf der Presse im Ausstellungsraum der Buchdrucker der vorzügliche und sehr wirkungsvolle Film über den Werdegang und die Leistung des Buchdruckerverbandes abrollte und wir aus Freude über diese Darbietung dem jetzt Verstorbenen die Hand drückten; da leuchteten seine Augen vor Genugtuung und Dankbarkeit. Joseph Seiz war eine Persönlichkeit, zu der man sich hingezogen fühlte mit dem Bewußtsein: das ist ein guter, ein kluger Mensch, der, wenn es sein muß, auch brauchbaren Rat erteilen kann. Von Buchdruckerseite wird auch diese Eigenschaft des so plötzlich Verstorbenen lobend hervorgehoben. Sein Werdegang und Wirkungsbereich war im Arbeitermilieu, seine Arbeitsstärke lag im inneren Ausbau und der Festigung des Buchdruckerverbandes, was besonders nach dem Zusammenbruch 1918 und in der dann einsetzenden Erschütterung der Gewerkschaften allgemein zur Geltung kam. Wenn heute der Deutsche Buchdruckerverband nach innen und außen gestärkter als je dasteht als Vorbild einer deutschen Gewerkschaftsorganisation und -leistung, dann hat Joseph Seiz einen großen Anteil daran. Wir verstehen die Trauer der Buchdrucker und werden den Verstorbenen ebenfalls im guten Gedenken behalten.

Hät du 5000 Mark? Die Stadt Köln hat von dem Universitätsprofessor Dr. Bruno Kuske ein interessantes Werk anfertigen lassen: „Die Großstadt Köln als wirtschaftlicher und sozialer Körper“. In diesem Buche wird auch das Vermögen der Kölner Bevölkerung behandelt. Auf den Kopf der Bevölkerung fällt im Durchschnitt ein Vermögen von 1700 Mark. Im Reichsdurchschnitt, so lesen wir da, ist das Vermögen des natürlichen Steuerpflichtigen (also Gesellschaften usw. nicht mitgerechnet) 1273 Mark. Jede Familie mit zwei Kindern hat also im Reichsdurchschnitt rund 5000 Mark Vermögen. Dennoch haben ungeheure Massen nichts, sie leben von der Hand in den Mund. Und da, wo der Kapitalismus am gewaltigsten in die Erscheinung tritt, ist der Klassen Gegensatz am größten. Obwohl in den schwerindustriellen Städten die Zechen- und Eisenbarone wohnen, beträgt das Durchschnittsvermögen in Essen z. B. nur 1000 Mark, in Duisburg 950 Mark, in Dortmund 930 Mark, in Gelsenkirchen 530 Mark, in Oberhausen 510 Mark. Da haben ganz wenige alles und die anderen nichts.

(ZGB.) Soll jeder Arbeiter ein Automobil besitzen? In einem Arbeitskonflikt wurde in St. Louis (Vereinigte Staaten) als Argument gegen eine Lohnhöhung angeführt, daß 37 Prozent der betroffenen Arbeiter Automobile besitzen. Deshalb sollten, so sagte der Gewährsmann der Unternehmer, die Löhne eher herabgesetzt als erhöht werden. „The Daily News“ von Philadelphia bemerkt zu diesem Fall in einem Leitartikel: „Ein Mensch, der sich eines solchen Argumentes bedient, gehört ins Irrenhaus! Einem Unternehmen, das eine solche Lohnpolitik verfolgt, sollte die Produktionsbewilligung entzogen werden, da es nicht nur der Öffentlichkeit Schaden zufügt, sondern eine direkte Bedrohung der Allgemeinheit darstellt. Wenn die Löhne der Arbeiter derart herabgesetzt werden, daß sie sich keine Automobile leisten können, so wird die Automobilindustrie zum größten Teil zerstört werden. Ihr Wohlergehen ist fast vollständig von der Kaufkraft der Lohnarbeiter abhängig. Der Gedanke, daß man den Arbeitern so niedrige Löhne wie möglich bezahlen soll, ist grausam und lasterhaft. Er beruht auf einer groben Verkennung der modernen wirtschaftlichen Grundgesetze. Unternehmer und Geschäftsleute müssen sich solcher Gedanken enthalten.“

(ZGB.) Arbeitslosigkeit in England. Laut offiziellen Angaben des britischen Arbeitsministeriums stellte sich die Gesamtzahl der Arbeiter, die sich am 1. Oktober bei den Arbeitsbörsen als arbeitslos anmeldeten, auf 1 384 000, wovon 1 064 000 Männer und 242 000 Frauen. (Der Rest sind Jugendliche.) Die entsprechende Zahl für den Monat August betrug sich auf 1 376 000, wovon 1 055 000 Männer und 232 000 Frauen. Im September 1927 belief sich die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen auf 1 075 000.

BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRALVORSTANDES

Verlorene Mitgliedsbücher: In Naasdorf für August Hansel, Nummer 65 040. In Griten für Richard Valbert, Nummer 32674. In Halle für Otto Kallenbach, Nummer 19209. In Niederlamsitz für Karl Beker, Nummer 51 267. In Scheibenberg i. Erzgeb. für Heinrich Seifert, Nummer 75 038. In Königsbrück sind die Mitgliedsbücher für Max Krause, Nummer 61 905, und von Willi Klüme, Nummer 61 945, verbrannt.

Für diese Mitgliedsbücher sind vom Zentralvorstand Duplikate ausgestellt worden; dies ist von den Zahlstellenkassierern besonders zu beachten.

Weiter ist zu beachten, daß für verlorene, gestohlene oder unbrauchbar gewordene Mitgliedsbücher bzw. Karten Ersatzbücher nicht von den Zahlstellenkassierern, sondern nur vom Zentralvorstand ausgestellt werden; das letztere gilt auch für Uebertritte aus anderen Verbänden.

In der Zahlstelle **Colbitz** hat ein Emeric Kovac, Mitgliedsbuchnummer 11 152, Reiseunterstützung abgehoben. Diese Buchnummer ist aber in der Zahlstelle Sohlund ausgegeben worden und gehört dem Kollegen Guitas Wagner. Bei weiterem Auftauchen ist dem Emeric Kovac das Mitgliedsbuch abzunehmen und an den Zentralvorstand einzulenden.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- u. GAULEITUNGEN:

Floß. Für zwei erkrankte Kollegen wurden von der Zahlstelle Wilgramsreuth noch nachträglich 10 Mk. eingekandt, worüber mit Dank quittiert wird.

Semeran. Max Raissl, geb. 9. Mai 1906 zu Meidlingerberg, wo stehst du? Vergesse nicht, die rückständigen Eintritts- und Beitragsmarken endlich zu bezahlen. Der Kassierer M. Waschinger hat diese bereits mit der Zentralkasse beglichen.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (N.-D.): Jüterburg. Kass.: Otto Demant, Nordenburgstr. 10.
2. Gau: Schönberg. Vor.: Otto Hübner, Ritklauddorf (Oberlaus.), Nr. 21.
4. Gau: Coswig, (Anh.). Vor.: Otto Kläring, Lugweg 50a.
6. Gau: Böhlerthal. Wullinger, Haus 133a.



Sch. Amz. Der Nachruf im Reim sehr gut empfunden, aber zum Abdruck im „Steinarbeiter“ nicht geeignet. In der örtlichen Tageszeitung viel besser.

Neue Bücher, Zeitschriften

Kommunalspezifische Richtlinien der SPD. Der sozialdemokratische Beirat und der Reichsausschuss für Kommunalspezifische Arbeit am 29. September dieses Jahres Richtlinien für die Arbeit der sozialdemokratischen Vertreter in den kommunalen Körperschaften beschlossen. Die Partei, die 45 000 Gemeindevorsteher in Stadt-, Kreis- und Landgemeinden zählt, hat mit der Herausgabe der Richtlinien einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Ein Ratgeber, der die Richtlinien für die Stellungnahme zu den kommunalen Problemen gibt, ist geschaffen. Es ist selbstverständlich, daß die Richtlinien nicht auf jede einzelne Spezialfrage eine Antwort erteilen können. Das wird ein ausführlicher Kommentar, den die Kommunalspezifische Zentralkasse später herausgeben wird, leisten. Jetzt sind die Richtlinien eine Erläuterung der Arbeit in den Gemeinden. Sie zeigen den Weg, der zu erfolgreicher, sozialistischer Arbeit in Stadt und Land führt. Alle Gebiete der Kommunalspezifischen Arbeit sind erfaßt. Ausführlich und gründlich werden die Forderungen der Partei an die Gesetzgebung und an die Gemeinden behandelt.

Das in Heidelberg 1925 beschlossene Aktionsprogramm ist als Anhang beigelegt. Die große Nachfrage zeigt, daß diese Richtlinien notwendiges und wichtiges Rüstzeug für jeden in der Kommune Tätigen sind und daß die Kommunalspezifische Zentralkasse veranlaßt, einen Sonderdruck in der Schriftenreihe „Kommunale Praxis“, Heft 6, herauszugeben. Dieses handliche Heftchen zum Preise von 30 Pf. beim Verlag J. P. M. Diez Kauf., c. m. b. H., Berlin SW. 68, erhältlich.

Jüngste Arbeiterbildung. Ausgewählt von Karl Brüger. Zweite verbesserte und erweiterte Auflage. 96 Seiten. Kartoniert 90 Pf., in Halbleinen gebunden 1,50 Mk., Halblein 3 Mk. Berlin 1928. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. — Das Büchlein, das nunmehr in zweiter, erweiterter Auflage erscheint, will, wie Brügers schönes Vorwort entziffert, zuerst und vor allem Dokument des Ernstes und der Tiefe sein, womit die junge Arbeiterjugend ein geistiges Leben ringt. Es wird Zeuge eines tiefen, unverbrauchten Seelenlebens, das jetzt schon, und einst noch mehr, dem Volke formende, bindende und deutende Kräfte widmen wird. In dem Büchlein gibt es aber trotzdem viel Dichtung, die vor schärfer literarischer Kritik als eigenartig und zukunftsbedeutend bestehen kann, so die kosmischen Symbole des Lübecker Karl Abrecht, die Dichtungen des zwanzigjährigen W. G. Schilffert aus Berlin, des achtzehnjährigen Metallarbeiters W. A. Tzagatz aus Bielefeld und anderer. Das Büchlein „Jüngste Arbeiterbildung“ wird sicher nicht nur in die Hände der Jugendgenossen jener jungen Dichter gelangen, es wird auch Schulmännern, Arbeitern und Jugendpsychologen, den Kulturhistorikern und den Politikern wertvolle Erkenntnisse über die Jugend der Arbeit in unmittelbarer Art geben. Der Gedichtband ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

ANZEIGEN

Ein Geschenk von dauerndem Wert ist stets ein Fahrrad

Der Besitz eines Rades macht unabhängig von den öffentlichen Verkehrsmitteln. Nicht nur für berufliche Fahrten, sondern auch für Erholungszwecke verwendbar, kann es viel Freude bereiten. Die bekannten

Lindcar-Fahrradwerke, A.-G., ein Unternehmen der Gewerkschaften,

ermöglicht jedem Kollegen die Anschaffung eines Lindcar-Fahrrades zu Bedingungen, die wirtschaftlich tragbar sind. Die Räder werden ohne Anzahlung zu Wochenraten von 3 Mk. abgegeben. Besonders sei auf die beliebten Lindcar-Kinderfahrräder aufmerksam gemacht. Auskunft über den Bezug erteilen alle Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; sonst wende man sich direkt an das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade oder an eine seiner Filialen. Bestellungen, die bis zum 17. Dezember d. J. dem Werk vorliegen, werden so rechtzeitig erledigt, daß die Räder zum Fest eintreffen.

Schweiz

Wir suchen 2 bis 3 tüchtige, akkordgewandte Steinschleifer

für Hand- und Maschinenarbeit auf schwedische Granite. Für Einreise wird gesorgt. Die Reise wird vergütet. Anmeldungen von nur tüchtigen Kräften erbeten an

Louis Sauter & Co., Steinindustrie Kreuzlingen (Schweiz)

Steinbruchschuhe

in bekannt guter Qualität, handgearbeitet, pro Paar Mark 14.75

Preisliste auf Anfrage. **Herrn Weibers Berufsschuhwerk** Bad Godesberg

Wieder sofort lieferbar!

Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender 1929

Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie u. Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet 2 Mark. Zu haben in allen Parteilbuchhandlungen.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl. **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb. **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion)

- In Stettin am 22. November der Steinseher August Köhn, 57 Jahre alt, 23 Monate krank. (Näheres fehlt.)
- In Berlin am 28. November der Steinseher Otto Fuhrmann, 40 Jahre alt, Vergiftung, 14 Tage krank.
- In Strehlen am 27. November der Hilfsarbeiter Leo Skala, 37 Jahre alt, 3 Wochen krank, Lungenbrand; am 1. Dezember der Hilfsarbeiter Heinrich Mendel, 76 Jahre alt, 2 Wochen Grippe.
- In Osterwald am 29. November der Pflastersteinmacher Friedr. Heinemeyer, 44 Jahre alt, Herzerweiterung, 6 Wochen krank.
- In Pappenheim am 1. Dezember der Lithographiesteinarbeiter Adam Krögel, 58 Jahre alt, 7 Wochen an Magenleiden krank.
- In Pirna am 2. Dezember der Brecher Hermann Müller, 61 Jahre alt, 5 Jahre krank, Lungentuberkulose.
- In Seifersdorf (Sa.) am 2. Dezember der Steinbrucharbeiter Reinhold May, 24 Jahre alt, Blinddarmentzündung, 8 Tage krank.
- In Goldberg am 4. Dezember der Hilfsarbeiter Reinhold Dittrich, 18 Jahre alt, tödlicher Unfall.

Gehet ihnen Aandenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.